

Pressemitteilung

Eckelstr. 6

67655 Kaiserslautern

Telefon: (0631) 3609 288

Telefax: (0631) 3609 289

E - Mail: info@dstg-rlp.de

Verantwortlich: Stefan Bayer – Landesvorsitzender

26.09.2018

Bundesweiter Tag der Steuergerechtigkeit

„Steuergerechtigkeit & Armut“- Mit „Steuern steuern“ statt auf Steuern verzichten!

Wachsendes Ungleichgewicht ist die Wurzel vieler Übel und hat gravierende Folgen: Sinkender gesellschaftlicher Zusammenhalt, Armut, Migration, Ressourcenübernutzung und vieles mehr. Eine oft ungerechte Besteuerung sowie aggressive Steuervermeidung tragen maßgeblich zu dieser Ungleichheit bei. Tatsächliche Steuergerechtigkeit wäre eine Antwort darauf. Dafür steht die Deutsche Steuer-Gewerkschaft.

Ein Forschungsprojekt „Steuergerechtigkeit und Armut“ durchgeführt von drei jesuitisch getragenen Institutionen unter der Leitung von Dr. Jörg Alt SJ von der deutschen Jesuitenmission beschäftigt sich damit. Das Projekt behandelt ein Problem, welches Deutschland, Kenia und Sambia gemeinsam haben: Es ist schlecht um die Steuergerechtigkeit bestellt. In allen drei Ländern trägt der Mittelstand die Last, während Reiche und Konzerne ihre Steuerlast kleinrechnen oder gleich ihr Geld in Steueroasen verschieben. Die erzielten Steuereinnahmen reichen nicht, um Schuldenberge abzubauen, Zukunftsaufgaben zu bewältigen oder Benachteiligte so zu fördern, dass sie sich aus der Armutsfalle befreien können. Aus dem Projekt ergeben sich Ansatzpunkte, um „mit Steuern zu steuern“ und auf eine gerechtere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hinzuarbeiten. Wer den fairen Zusammenhalt stärken, eine nachhaltige Entwicklung fördern, Armut vermeiden und Fluchtursachen bekämpfen will, muss nicht zuletzt Steuerungerechtigkeit reduzieren. Näheres zum Projekt erfahren sie unter: <https://www.taxjustice-and-poverty.org/>

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft hat wiederholt darauf hingewiesen, dass dem Deutschen Staat jährlich ca. 80 Milliarden Euro entgehen und dies ist nur eine ungefähre Zahl. Bestehende Steuergesetze müssten lediglich konkret umgesetzt werden. und das Personal der Finanzverwaltung müsste deutlich verstärkt werden. Davon sind wir zurzeit weit entfernt. Die Finanzverwaltung Rheinland-Pfalz bemüht sich das knapp bemessene Personalsoll zu halten. Der Staat verzichtet sehenden Auges auf Einnahmen. Dabei ist bewiesen, dass jeder Finanzbeamte mehr Einnahmen erzielt, als er kostet.

INFORMATION